



HESSISCHER LANDTAG

04.12.2006

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 16/6338 zu Drucksache 16/6011**

- Einzelplan 05 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft

Stellenplan 422 00

Spalte 8: Es werden 3 zusätzliche R1-Stellen
bei der Staatsanwaltschaft geschaffen.

Begründung: Zusätzliche Stellen wurden von
der hoffnungslos überlasteten Abteilung der
Staatsanwaltschaft Frankfurt zur
Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität
immer wieder gefordert, aber von der
Landesregierung abgelehnt. Dies ist umso
unverständlicher, da sich die Stellen mehr
als amortisieren durch das Geld, das sie im
Zuge der Aufdeckung und Bearbeitung der
Straftaten im Bereich Korruption und
Steuerhinterziehung für den Staat
generieren. Ohne die zusätzlichen Stellen
dagegen geht dem Staat Geld verloren.

Wiesbaden, 27. November 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir